

Freitag, 11. August 2023 [Blickpunkt](#)

Leitartikel

## Spionage bedroht unsere Demokratie

Von Eva Quadbeck



Fälle von Spionage für Russland werden in beunruhigender Häufigkeit öffentlich. Im vergangenen November wurde ein Reserveoffizier wegen Agententätigkeit verurteilt. Im Dezember flog im Bundesnachrichtendienst ein Spion auf. Nun konnte der Mann aus dem Koblenzer Beschaffungsamt der Bundeswehr geschnappt werden. Jeder Erfolg der Ermittlungsbehörden ist ein kleiner Fortschritt für unsere Sicherheit. Die aufgedeckten Fälle bilden aber leider nur die Spitze des Eisbergs.

Im Fall von Koblenz hat sich offenbar ein Mitarbeiter mit Nähe zur AfD der russischen Seite selbst angedient. Das ist ein alarmierendes Zeichen, weil es zeigt, dass die AfD und Teile ihrer Anhängerschaft nicht nur mit Russland sympathisieren, sondern auch aktiv paktieren.

Schon vor dem Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine waren zwei Stränge zu erkennen: Den ersten Strang bildet die klassische Spionage, die möglichst viel über die Militärstrukturen in Deutschland und dem Westen insgesamt zutage fördern will. Dazu gehören auch Cyberangriffe auf die Wirtschaft und die Infrastruktur. Der zweite Strang steht unter der Überschrift Desinformation, die über ein aus Russland gesteuertes Netz von klassischen Medien und Social Media in die Gesellschaft eintrüfelt. Inhaltlich sind diese Propaganda und Falschinformationen aus Russland im Milieu der AfD anschlussfähig. Das macht diese Aktivitäten Russlands auch so gefährlich für die Stabilität der Demokratie in Deutschland. Die russische Propagandamaschine ist in digitalen Medien inzwischen so erfolgreich, dass sie die nach politischer Macht strebende AfD direkt stützt. Bei den Wahlen 2024 für das Europaparlament und in drei ostdeutschen Bundesländern drohen die Aktivitäten Russlands die Ergebnisse zu beeinflussen. Mit Beginn des Angriffskriegs hatte Deutschland 40 russische Agenten ausgewiesen. Bereits im März 2022 hat die EU die russischen Staatsmedien Russia Today und Sputnik

verboten. Doch das Netz dieser Medien war längst so gut, dass sie weiter Propaganda für Russland treiben und die gesellschaftlichen Spannungen in den westlichen Demokratien befeuern können.

Spionage ist auch in Friedenszeiten ein schweres Vergehen. In einer Zeit, in der Russland die Ukraine überfallen hat und zugleich die Destabilisierung westlicher Demokratien betreibt, bedarf es einer sehr scharfen Antwort des Staats auf solche Fälle. Dass der nun inhaftierte Mitarbeiter des Beschaffungsamts offenbar noch keinen großen Schaden anrichten konnte, ist unerheblich. Man kann es nicht oft genug wiederholen: Bei der Verteidigung der Ukraine geht es um mehr als das Recht dieser Nation auf Eigenständigkeit und Selbstbestimmung. Es geht eben auch um die Stabilität der Demokratie in Europa.

## Ein Russland-Spion mit Nähe zur AfD

### Der verhaftete Bundeswehroffizier löst Rufe nach einem Verbot der rechten Partei aus

Von Daniela Vates

**Berlin.** Thomas H. wollte offenbar etwas loswerden: Mehrfach habe er sich seit Mai an die russische Botschaft in Berlin und das russische Generalkonsulat in Bonn gewandt, teilte die Bundesanwaltschaft mit. „Dabei übermittelte er zu einer Gelegenheit Informationen, die er im Zuge seiner beruflichen Tätigkeit erlangt hatte, zwecks Weiterleitung an einen russischen Nachrichtendienst.“ Aus eigenem Antrieb sei das Ganze erfolgt. Nicht unerheblich: Thomas H. ist Bundeswehroffizier. Er arbeitete beim Beschaffungsamt der Bundeswehr (BAAINBw) in Koblenz, das für die Ausrüstung der Truppe mit Waffen und für die Entwicklung von Wehrtechnik zuständig ist. In mit dem Fall vertrauten Kreisen hieß es, der Soldat habe AfD-Nähe gezeigt.

Der Fall löste eine Debatte über die Sicherheit Deutschlands vor indirekten russischen Attacken aus – und eine weitere über die AfD. Seit dem Ukraine-Krieg hätten die Bedrohung durch Spionage, Desinformationskampagnen und Cyberangriffe „eine andere Dimension erhalten“, sagte Innenministerin Nancy der Funke-Mediengruppe.

Der innenpolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Sebastian Hartmann, stellte ein Muster fest. Wiederholt habe sich bestätigt, dass Personen, die mit Russland zusammenarbeiteten und dabei deutsche Sicherheitsinteressen gefährdeten, „rechte und rechtsextremistische Überzeugungen haben und in unseren Sicherheitsbehörden arbeiten“. Nötig seien daher mehr Befugnisse für die Behörden. Sie müssten „alle Ressourcen und rechtliche Möglichkeiten an die Hand bekommen, um die besondere Gefährdung durch Spionage aufzuklären und aktiv entgegenzuwirken“, sagte Hartmann dem RND. Der CDU-Verteidigungspolitiker Henning Otte forderte, Bundesnachrichtendienst, Militärischen Abschirmdienst (MAD) und Verfassungsschutz besser zu vernetzen.

Der Vizevorsitzende der FDP-Bundestagsfraktion, Konstantin Kuhle, forderte den Bundestag auf, schärfere Vorsichtsmaßnahmen zu treffen. „Spätestens wenn Mitarbeiter von AfD-Abgeordneten im Bundestag oder Beamte, die mit der AfD sympathisieren, für den russischen Staat in Deutschland staatliche Stellen ausforschen, liegt eine Grenzüberschreitung vor, die Folgen haben muss“, sagte Kuhle dem RND. „Wer mit russischen Diktatoren und Angriffskriegen sympathisiert, kann nicht als Mitarbeiter im Bundestag ein- und ausgehen oder gar Zugriff auf sicherheitsrelevante Informationen haben. Die Bundestagsverwaltung muss alle Zugänge zum Bundestag mit Blick auf einen möglichen

Spionageverdacht überprüfen. Wenn nötig, muss die Zugangsberechtigung entzogen werden.“

Russland greife nicht nur die Ukraine an, sondern setze auch auf die Destabilisierung liberaler Demokratien in Europa. „Deutschland sei dabei aufgrund seiner zentralen Rolle in Europa für Russland besonders attraktiv und zudem „für russische Destabilisierungskampagnen anfälliger als seine östlichen Nachbarn, die ein realistischeres Bild von Russland haben“, sagte Kuhle. „Außerdem gibt es nach wie vor in weiten Teilen der deutschen Gesellschaft ein romantisches und naives Russland-Bild, das mit der Realität nicht übereinstimmt.“ SPD-Vize-Fraktionschef Dirk Wiese konstatierte: „Die AfD bewahrheitet sich immer mehr als der verlängerte Arm Russlands.“

Der CDU-Verteidigungspolitiker Roderich Kiesewetter forderte entschlossenere Schritte gegen die AfD: „Einmal mehr zeigt sich, dass es wichtig wäre, das Verbotverfahren gegen die AfD voranzutreiben. Es handelt sich um eine staatsgefährdende Partei“, sagte er dem RND. „Die Mitgliedschaft in der AfD ist daher eigentlich unvereinbar mit der Arbeit bei Bundeswehr, Polizei oder Sicherheitsdiensten.“

Gegen Thomas H. stellte der Bundesgerichtshof am 27. Juli einen Haftbefehl aus. An diesem Mittwoch nahm das Bundeskriminalamt den Offizier fest. Er kam in Untersuchungshaft. Sein Arbeitsplatz und seine Wohnung wurden durchsucht. Der Vorwurf: geheimdienstliche Agententätigkeit. Laut Strafgesetzbuch stehen darauf bis zu fünf Jahre Haft.